



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

07. hét

2019.02.11.

ZUSAMMENFASSUNG

- **Ungarische Innenpolitik** – Ministerpräsident Viktor Orbán bewertete bereits zum 21. Mal die aus dem Blickwinkel der Regierung und Ungarns relevanten politischen Ereignisse des vergangenen Jahres. Das Genre einer Jahresbewertung außerhalb des Parlaments führte der Regierungschef noch 1999 ein, wobei deren Funktion dieses Mal vor allem in der Vorbereitung auf den Europawahlkampf sowie im Bekanntmachen der neuen fachpolitischen Maßnahmen bestand, die auf der Grundlage der Nationalen Konsultation zur Einführung gelangen.
- **Wirtschaftspolitik** – Die Regierung bereitet 2019 Maßnahmen zum Schutz der Wirtschaft, darunter Schritte zum Abbau von Steuern und Bürokratie vor, um das Wachstumstempo der ungarischen Wirtschaft auch in einer eventuellen Periode des Abschwungs aufrechterhalten zu können. Die Zielstellung der Regierung lautet auf kurze Sicht, dem Arbeitskräftemangel als dem besonders akuten Problem beizukommen.
- **Außenpolitik, Außenwirtschaft** – Die Ministerpräsidenten der Länder der V4-Gruppe berieten gemeinsam mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel über Wirtschafts-, Europa- und Migrationsfragen. Die Vertretung der gemeinsamen politischen Interessen der Visegrád-Staaten erlangt europaweit zunehmende Bedeutung, wobei die Ausgestaltung eines guten Verhältnisses zu Deutschland als führender Macht in Europa gleich aus mehreren Aspekten erforderlich ist.
- **Nachrichten, die Beachtung verdienen** – Aus einer landesweit repräsentativen Erhebung des Nézópont-Instituts, die mit der persönlichen Befragung von ungewöhnlich vielen, nämlich 5.000 Personen vorgenommen wurde, geht hervor, dass die Aktionen der Opposition vom Dezember keine neuen, der Regierung gegenüber kritisch eingestellten Sympathisanten ansprechen oder den gesellschaftlichen Rückhalt von Fidesz-KDNP mindern konnten. Die Jobbik verlor derweil innerhalb eines knappen Jahres 250.000 Wähler.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

MINISTERPRÄSIDENT VIKTOR ORBÁN HIELT AM SONNTAG SEINE 21. JAHRESBEWERTUNG AB

Der ungarische Ministerpräsident bewertete zum ersten Mal 1999, im Jahr nach der Regierungsbildung, die wichtigsten, aus politischer wie gesellschaftlicher Sicht relevanten Geschehnisse der zurückliegenden 365 Tage. Begriff und Institution der „Rede zur Lage der Nation“ führte der Fidesz-Vorsitzende ein; aus dieser Rede, die damals als Innovation anzusehen war, wurde seither eine Tradition.

Der ungarische Ministerpräsident hielt seine jährliche Lagebewertung 13 Mal als Regierungschef und 8 Mal aus der Position der Opposition ab. Die Funktion der Rede hat sich seit 1999 erheblich verfeinert: Die in der Reihe 21. Jahresbewertung erinnert dabei in vielem an das Ereignis des Vorjahres, denn wie damals steht das Land auch jetzt wieder vor Wahlen. Aus diesem Grunde kann die Rede des Ministerpräsidenten inoffiziell zugleich als Auftakt zum Europawahlkampf verstanden werden. Im Vorfeld konzentrierten sich die Erwartungen im Zusammenhang mit der Rede auf drei Hauptthemen: auf die Entscheidungen in Verbindung mit künftigen familienpolitischen Maßnahmen der Regierung, auf die Thematisierung der Europawahlen sowie auf Schritte zur Belebung der Wirtschaft. Die wichtigsten Ankündigungen des Ministerpräsidenten lauteten wie folgt:

- Unterstützung junger Ehepaare beim Großziehen von Kindern, bereits ab dem ersten Kind;
- Ausweitung des Wohnungsbauförderprogramms CSOK auf den Kauf von Wohnungen auf dem Immobilienmarkt;
- laufend deutlichere Senkung bestehender Hypothekendarlehen mit der Geburt jedes Kindes;
- Befreiung von Müttern mit 4 und mehr Kindern von der Einkommensteuer;
- Maßnahmen zur Förderung des Autokaufs bis zu 2,5 Millionen Forint für Großfamilien;
- Einführung des Kindergeldes GYED für Großeltern;
- 21.000 neue Kinderkrippenplätze bis 2021.

Der Ministerpräsident verkündete ein komplexes Aktionsprogramm, das alle Lebenslagen in der Gesellschaft reflektiert und verschiedene Familientypen fördert.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE REGIERUNG BEREITET EIN PROGRAMM ZUM SCHUTZ DER WIRTSCHAFT VOR

Sowohl Ministerpräsident Viktor Orbán als auch der Stellvertretende Ministerpräsident Mihály Varga sehen es als eine der wichtigsten Aufgaben des Jahres 2019 an, die in der ungarischen Volkswirtschaft schlummernden Reserven zum Vorschein zu bringen. Die Prozesse in der Weltwirtschaft sind einzelnen Einschätzungen zufolge an einem Wendepunkt angelangt, weshalb parallele Maßnahmen zum Schutz ebenso wie zur Belebung der Wirtschaft vonnöten sind.

Der ungarische Ministerpräsident brachte seine Meinung in Verbindung mit der Entwicklung der internationalen Wirtschaftsprozesse zuletzt in seiner Rede zur Lage der Nation und zuvor auf der Frühjahrstagung des Ungarischen Diaspora-Rates zu Gehör: „... *die Analysen über die Lage der Weltwirtschaft lassen mit 70:30 Prozent eine kleinere Rezession, das Eintreten einer Krise wahrscheinlich erscheinen, irgendwann im Zeitraum zwischen 2019 und 2023... um diese eventuell eintretende Lage abzuwenden oder zumindest damit umgehen zu können, ist es notwendig, einen wirtschaftspolitischen Aktionsplan zusammenzustellen.*“ In Verbindung mit dieser Lageeinschätzung lohnt es zu erwähnen, dass der Schuldenberg der Mitgliedstaaten der Eurozone in den vergangenen Jahren zugenommen hat, in welchem Zusammenhang eine gewisse Unsicherheit von Seiten der Marktakteure wahrzunehmen ist. Die Zahlen der ungarischen makroökonomischen und fiskalischen Politik zeigen derweil einen günstigen Zustand, wie es ebenfalls als positives Zeichen gewertet werden darf, dass die ungarische Regierung nicht mit Sparmaßnahmen reagiert, sondern mit antizyklischen wirtschaftspolitischen Schritten, die Ministerpräsident Viktor Orbán auch in seiner Rede zur Lage der Nation skizzierte:

- Das Finanzministerium beabsichtigt, dem Arbeitskräftemangel beizukommen, indem die Beschäftigung inaktiver Personen, von Frauen und Rentnern stimuliert wird.
- Die Zurückdrängung der Schattenwirtschaft wird auch in den kommenden Jahren ein Hauptthema der Regierung sein, um zum einen die gesellschaftliche Gerechtigkeit zu erhöhen und zum anderen die Einnahmen des Fiskus zu steigern.
- Auf dem Wege eines Bürokratieabbaus ist die Regierung bemüht, mittels für die Marktakteure leichter und schneller zugänglicher Investitionen sowie Entwicklungsmaßnahmen das

Wirtschaftswachstum zu stimulieren und die Wettbewerbsfähigkeit Ungarns in der Weltwirtschaft zu erhöhen.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DIE MINISTERPRÄSIDENTEN DER V4-STAATEN BERIETEN SICH IN BRATISLAVA MIT ANGELA MERKEL

Wenngleich keine Partnerschaftsvereinbarung von strategischer Bedeutung abgeschlossen wurde, belegt es doch den Erfolg der Zusammenarbeit der Visegrád-Staaten (V4), dass in den vergangenen Jahren die meisten führenden westeuropäischen Politiker als geladene Gäste an ihren Beratungen teilnahmen. Der Gipfel V4-Merkel verspricht auf den ersten Blick Koalitionen in Sachfragen, jedoch kein geschlossenes Auftreten auf lange Sicht.

Die Ministerpräsidenten der Visegrád-Gruppe kamen in der Burg von Bratislava mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen. Ein Vertragsabschluss ähnlich wie in Aachen war erst gar nicht für die Tagesordnung vorgesehen, doch behandelten die Verhandlungspartner bei ihrem Treffen drei Hauptthemen: den kommenden Finanzrahmen der Europäischen Union, Möglichkeiten zu Fortschritten beim Umgang mit der illegalen Einwanderung sowie die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands mit den Visegrád-Staaten. In Verbindung mit den Verteilungsprinzipien der Haushaltsressourcen der Europäischen Union für den Zeitraum 2021-27 kommt es zu heftigen Debatten unter den Mitgliedstaaten. Denn im Zuge des sehr wahrscheinlichen Austritts der Briten sinkt der Betrag der zur Verfügung stehenden Ressourcen um 8-10 Prozent, wobei von Seiten führender Politiker der westlichen Staaten mit dem Status von Nettoeinzahlern wiederholt Drohgebärden in Richtung der Politiker Mittelosteuropas ergingen. Auch die Erklärung von Angela Merkel in Bratislava reiht sich nahtlos in dieses Szenario ein. Sie sagte nämlich auf dem Treffen, die V4-Staaten hätten die Fördermittel der Gemeinschaft sehr gut verwendet, um ihre Lebensumstände zu verbessern, welcher Umstand bei der Verhandlung des kommenden Finanzrahmens auf jeden Fall Berücksichtigung finden wird. Die Ministerpräsidenten der V4-Staaten weisen ihrerseits alle Versuche zurück, die Verteilung der Haushaltsressourcen in Zukunft als Instrument der Disziplinierung einzusetzen.

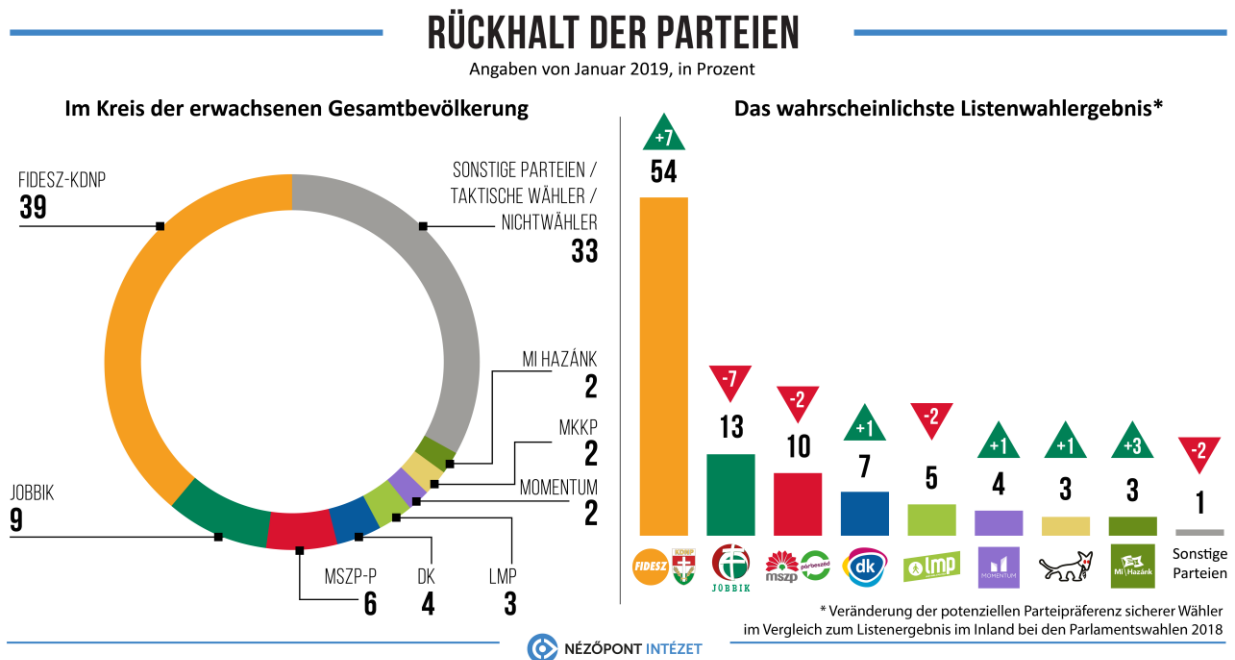
Zum Thema des Umgangs mit der illegalen Einwanderung wurde ein Konsens ausgestaltet, indem auf dem jetzigen Gipfeltreffen das von Seiten der ungarischen Regierung betonte Prinzip der Hilfeleistung zur Geltung gebracht wurde. Um Marokko zu unterstützen, bereiten die V4 mit Deutschland ein gemeinsames Programm vor, das die Migration an Ort und Stelle stoppen soll. Das auf die Beseitigung der Fluchtursachen gerichtete Programm ist auf mehrere Jahre ausgelegt; seine Durchführung wird in wenigen Wochen geplant.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DIE POPULARITÄT DER REGIERUNGSPARTEIEN IST AUCH 2019 UNGEBROCHEN

Die im Dezember durch die Oppositionsparteien zur Anwendung gebrachten Techniken einer auf Skandale ausgerichteten Politik verschlechterten die Beurteilung der ohnehin nicht übermäßig beliebten regierungskritischen Parteien noch weiter. Eine Meinungsforschung des Nézópont-Instituts beweist anhand der persönlichen Befragung einer außergewöhnlich großen Probe mit 5.000 Personen, dass Fidesz-KNDP der Sieger des neuen Jahres sind, und die Jobbik der Verlierer. Die Popularität der Regierungsparteien liegt im Kreis der sicheren Wähler stabil über 50 Prozent, während 39 Prozent der erwachsenen Bevölkerung Sympathien für Fidesz-KDNP zeigen. Würden am kommenden Sonntag Wahlen abgehalten, kämen die Regierungsparteien auf 54 Prozent der Stimmen, die Jobbik auf 13, das Linksbündnis MSZP-Párbeszéd auf 10, die DK auf 7, die LMP auf 5, die Momentum-Bewegung auf 4, die Witzpartei MKKP und die rechtsradikale Bewegung „Unsere Heimat“ (Mi Hazánk) auf jeweils 3 Prozent. Demzufolge taten die Proteste vom Dezember dem gesellschaftlichen Rückhalt der Regierungsparteien keinen Abbruch, wie sie ebenso wenig der Opposition nützten. Es ist gut zu erkennen, dass die Parteien des linken Lagers auch weiterhin keine neuen Sympathisanten für ihre Sache gewinnen, und dass die Demonstrationen im Dezember das Wählerlager der Oppositionsparteien nicht mehren konnten. Die gegenwärtig durch Tamás Sneider geführte Jobbik ist denkbar schlecht in das Jahr 2019 gestartet. Ausgehend vom wahrscheinlichsten Ausgang bei der Wahl der Landeslisten nahm der Kreis der Anhänger der einst rechtsradikalen Partei, die immer engere Beziehungen zur Linken aufbaut, innerhalb von weniger als sechs Monaten um 7 Prozentpunkte ab. Die Partei verlor seit dem vorigen August unterm Strich rund 250.000 Sympathisanten. Die Jobbik verliert obendrein genau dort gesellschaftlichen Rückhalt, wo sie einst

am stärksten war: Wären am Sonntag Wahlen, würden unter den jungen Leuten zwischen 18 und 29 Jahren gleich 8 Prozentpunkte, unter den Facharbeitern 7 Prozentpunkte weniger als noch im August 2018 für diese Partei stimmen. Interessant ist des Weiteren, dass die Partei unter den Menschen auf dem Lande 6 Prozentpunkte einbüßte.



DIE BÜRGERLICHE TAGESZEITUNG „MAGYAR NEMZET“ ERLEBTE IHR COMEBACK

Die Tageszeitung „Magyar Nemzet“ wurde im Sommer 1938 durch den Historiker und Journalisten Sándor Pethő gegründet. Dieses Blatt wollte von Anbeginn christlich-konservative, gemäßigt rechte Leser der Mittelschichten ansprechen. Der Zeitpunkt für die Neuaufgabe der Zeitung fiel auf einen symbolischen Tag, den vierten Jahrestag des sogenannten „G-Tages“, den 6. Februar 2019. Zum letzten Mal war die Druckausgabe der Zeitung am 11. April 2018 erschienen, nachdem der Inhaber Lajos Simicska nicht länger bereit war, die zu seinem Medienportfolio gehörende „Magyar Nemzet“ und das „Lánchíd“-Radio zu finanzieren. Nach dem ominösen Tag vor vier Jahren hatten zahlreiche Journalisten – unter ihnen der damalige Chefredakteur Gábor Liszka – die Zeitung verlassen, um über den Kauf der Wirtschaftszeitung „Napi Gazdaság“ am 1. September 2015 eine Tageszeitung unter dem Titel „Magyar Idők“ auf den Weg zu bringen, die sich eindeutig zu den Regierungsparteien bekannte. Bei der „Magyar Idők“ kamen jene Journalisten und Publizisten unter, die der früheren Ausrichtung der „Magyar Nemzet“ treu blieben. Eben aus diesem Grunde bedeutet die jetzige

Umgestaltung in Wirklichkeit eine Rückkehr zum Ursprung: Die „Magyar Idők“ wird seit dem 6. Februar um keine neuen Inhalte bereichert, die neu an den Start gebrachte „Magyar Nemzet“ nimmt ihren Platz ein. Für die Menschen mit bürgerlicher und konservativer Gesinnung galt „Magyar Nemzet“ (Ungarische Nation) früher als außerordentlich wichtiges Schlagwort, weshalb es eine Frage von strategischer Bedeutung war, den Ausgangszustand wiederherzustellen. Bei der Zeitung versieht künftig Attila Ballai an Stelle von Ottó Gajdics die Aufgaben des Chefredakteurs.

PROGNOSE

- **Am Montag trifft US-Außenminister Mike Pompeo in Budapest ein, dessen Besuch schon deshalb interessant ist, weil viele bereits damit rechneten, dass das Treffen abgesagt wird, nachdem in den Vorwochen reichlich Stimmung dagegen gemacht wurde.** Letztmalig besuchte ein US-Außenminister – damals in Person der Repräsentantin der Demokratischen Partei, Hillary Clinton – 2011 Ungarn. Die Politik der Regierung Obama, für die diese Region weniger wichtig erschien, drückte den damaligen Gesprächen ihren Stempel auf. Die Regierung von Donald Trump hat derweil einen günstigeren Tonfall angeschlagen und schenkt der Region mehr Aufmerksamkeit. Das Treffen dient auch zur Bekräftigung des Leitprinzips der ungarischen Außenpolitik, nach guten Beziehungen zu allen potenziellen strategischen Partnern zu streben. Pompeo und Viktor Orbán waren zuvor bereits in Brasilien zusammengetroffen, und die jetzige Visite ist eine schallende Antwort auf jene Kritik des ehemaligen Unterstaatssekretärs für Auswärtiges, Thomas Melia, wonach Ungarns Regierung das schwächste Kettenglied innerhalb des westlichen Bündnissystems sei.